

Workshop

Soziale und ökologische Stadtentwicklung 2030

Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert ist mehr als nur Stadtgestaltung

Michél Berlin + Steffen Pfrogner

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Städtebau + Wohnungspolitik

Die StadtentwicklerInnen



Die StadtentwicklerInnen

- ... sind ein Zusammenschluss fachkompetenter Potsdamer GenossInnen + EinwohnerInnen aus den Bereichen der Architektur, der Stadt- und Landschaftsplanung, des Ingenieurwesens, der Immobilien- und Finanzwirtschaft, des bürgerschaftlichen Engagements sowie daran Interessierter
- ... arbeiten emanzipiert und basisdemokratisch und pflegen den fachlichen Austausch mit der BAG Städtebau + Wohnungspolitik,
- ... stellen sich der wohnungspolitischen Herausforderung und engagieren sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung,
- ... bringen sich mit konkreten Vorschlägen in die Stadtpolitik ein.



heute eingeladen vom

Bürgerbüro
Kornelia Möller, MdB

DIE LINKE.
Kreisverband Würzburg
Erlangen | Main-Steueramt | Würzburg

Holger Grünwedel, Stadtrat

zum Workshop

Soziale und ökologische Stadtentwicklung 2030

mit dem Thema ...

stadt- und wohnungspolitische
IDEEN WERKSTATT
Ideen werden bei uns Programm

07. September 2013 11:00 - 16:00 Uhr
Potsdam · Humboldt-Gymnasium H.-Mann-Allee 103

Die StadtentwicklerInnen
www.dielinke-potsdam.de
FON 0331 / 58 39 24 44

DIE LINKE.
Kreisverband Potsdam

Würzburg, 29. Juni 2013

Die StadtentwicklerInnen **DIE LINKE.**
Kreisverband Potsdam

Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert
ist mehr als nur Stadtgestaltung

Warum?

**„Stadtentwicklung ist kein Monopol
von Politikern, Beamten und privaten Planern,
sondern Gegenstand öffentlicher Diskussion
und Beratung.“**

'Richard von Weizsäcker, 1981

Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert ist mehr als nur Stadtgestaltung

- 1 **Recht auf Stadt** - heißt uneingeschränkte Teilhabe an den Entscheidungsprozessen
- 2 **Wohnen** als soziales Grundrecht und städtebauliche Aufgabe
- 3 **Stadtlandschaft als Kulturgut**
bewahrt die kulturell und ökologisch erforderlichen Freiräume im urbanen Stadtorganismus
- 4 **Infrastruktur als Daseinsvorsorge**
Verkehr – Soziales – Bildung – Technische Versorgung

Recht auf Stadt - heißt uneingeschränkte Teilhabe an den Entscheidungsprozessen



Recht auf Stadt - heißt uneingeschränkte Teilhabe an den Entscheidungsprozessen

Bürgerbeteiligung als neue Qualität im demokratischen Prozess

Quelle: STADT FORUM POTSDAM, 45. Sitzung, 15. November 2012, [Dr. Serge Embacher, Berlin](#)
ZWISCHEN REGIERUNG, MITBESTIMMUNG UND EMPÖRUNG – BÜRGERBETEILIGUNG IN POTSDAM

„Demokratie“ - Volksherrschaft

getragen vom „demokratischen Prinzip“

- System gleicher Rechte und Pflichten,
- Transparenz als Grundlage für demokratische Entscheidungen

Gegenkraft: das „aristokratische Prinzip“

- Privilegien und Vorrechte
- asymmetrische Entscheidungsstrukturen

Recht auf Stadt - heißt uneingeschränkte Teilhabe an den Entscheidungsprozessen

Bürgerbeteiligung als Qualitätsveränderung

- Erfüllung des demokratischen Prinzips
- Implementierung des demokratischen Prozesses
- Ausdruck gesellschaftlicher Liberalisierung
- Element einer neuen demokratischen Kultur

Das Potsdamer Modell in der Außenansicht - Grundidee

- Anerkennung der Entwicklungen der Bürgergesellschaft
- Kritik der **nicht** frühzeitigen Bürgerbeteiligung
- Konzentration auf „informelle Bürgerbeteiligung“
- Einbeziehung neuer Kommunikationsmedien (Web 2.0)
- **Büro für Bürgerbeteiligung als neuartiger Schnitt**

Recht auf Stadt - heißt uneingeschränkte Teilhabe an den Entscheidungsprozessen

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Informationen unter: www.buergerbeteiligung-potsdam.de

Im September 2011 wird durch den Oberbürgermeister das Ursprungskonzept vorgestellt. Kernelemente sind:

- 1 Die Etablierung eines Büros für Bürgerbeteiligung
- 2 Die Bereitstellung einer Online-Dialogplattform
- 3 Die Integrierung bestehender Beteiligungsmöglichkeiten
- 4 Die konkrete Beschreibung einer möglichen Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure
- 5 Der zielführende Einsatz von Beteiligungsinstrumenten
z.B.: Bürgerdialog, Stadtteilstiftungen

Recht auf Stadt - heißt uneingeschränkte Teilhabe an den Entscheidungsprozessen

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Die Stimmung des Auditoriums:

- Mangelnder Zuspruch durch die Teilnehmer/innen
- Die Bürger/innen fühlten sich übergangen
- Die Komplexität des integrierenden Gesamtkonzeptes wurde als durch die Verwaltung gesteuert verstanden

Grundkonsens:

- Ein Beteiligungskonzept kann nur durch Mithilfe der Einwohnerschaft entwickelt werden

Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Open Space Konferenz

29.10.2011, Bürgerhaus am Schlaatz

- ca. 100 Teilnehmer/innen
- gemeinsam und parallel konnten verschiedene Themen innerhalb einer komplexen Thematik bearbeitet werden
- Teilnehmer brachten die Themen eigenständig vor Ort ein und bearbeiteten diese selbstorganisiert

Bürgerbeteiligung: Beteiligen Sie sich!

BürgerInnen, Politik und Verwaltung an einem Tisch

An alle Haushalte

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

wir laden Sie herzlich dazu ein, an einem offenen Austausch und einer konstruktiven Diskussion zum Thema Bürgerbeteiligung in Potsdam teilzunehmen.

Dazu findet eine offene Konferenz (Open Space) statt:

**Samstag, 29. Oktober 2011
von 10 bis 18 Uhr
im Bürgerhaus am Schlaatz
(Schilfhof 28, 14478 Potsdam)**



Wer sich jetzt beteiligt, gestaltet die Zukunft unserer Stadt!

Die aus BürgerInnen, Verwaltung und Politik bestehende Vorbereitungsgruppe wünscht sich eine breite Beteiligung interessierter EinwohnerInnen, mit dem Ziel, ein gemeinsames Modell zur Bürgerbeteiligung in Potsdam zu finden und umzusetzen.

An diesem Tag wird gleichberechtigt miteinander diskutiert. Alle können Gehör finden und sich mit ihren Ideen und Vorstellungen einbringen.

Um besser planen zu können, freuen wir uns über Ihre Anmeldungen bis zum 23. Oktober 2011 an folgende E-Mail Adresse: anmeldung@buerbeteiligung-potsdam.de oder telefonisch unter: 0331-289 11 20.

Während der Konferenz stellen wir kostenlos einen kleinen Imbiss und Getränke bereit.

Weitere Informationen, eine Erläuterung des Konferenz-Formates und eine Anfahrtsbeschreibung finden Sie unter: www.potsdam.de unter der Überschrift Potsdamer Bürgerbeteiligungskonferenz am 29. Oktober 2011.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Jann Jakobs
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Potsdam

Peter Schüller
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Vorbereitungsgruppe
Bürgerbeteiligung

Vorbereitungsgruppe Bürgerbeteiligung:

Frank Baumann
Moderator sowie Stadt- und Regionalentwickler

Mary Cornelia Bäßler
Mediatorin/Moderatorin

Ulrike Bleyl
Vorsitzende des Stadtteilnetzwerks
Potsdam-West

Frank Daenzer
Landeshauptstadt Potsdam
(Projektteam Bürgerhaushalt)

Thomas Hintze
Initiative Pro-Braunshausberg

Dieter Jetschmanegg
Landeshauptstadt Potsdam
(Leiter Büro Oberbürgermeister)

Kay-Uwe Kästner
Potsdamer Bürgerkooperation

Jacqueline Krüger
Koordinatorin Stadtteilrat Stern-
Drewitz-Kirchsteigfeld

Annette Paul
Selbstständige Kulturvermittlerin

Steffen Pfrogner
Bürgerinitiative Pro Nahverkehrs-
gang Teufelsee

Stephanie Pigorsch
Geschäftsführerin Stadtjugendring
Potsdam

Christian Schirrholtz
freiberuflicher Baingenieur

Peter Schüller
Vorsitzender der Stadtverordneten-
versammlung Potsdam

Sigrid Sommer
Landeshauptstadt Potsdam (Be-
reichsleiterin Öffentlichkeitsarbeit/
Marketing)

Daniel Wetzel
Unternehmer

Jean-Pierre Winter
Government 2.0 Network
Deutschland

Daniel Zeller
Geschäftsführer des Stadtteilnetz-
werks Potsdam-West

Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Grundlegende Themen waren:

- Was ist Bürgerbeteiligung?
- Welche Formen und Instrumente der Bürgerbeteiligung sind vorstellbar und realisierbar?
- Wie kann der Dialog zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung und Stadtpolitik besser und informativer gestaltet werden?

Bürgerbeteiligung: Beteiligen Sie sich!

BürgerInnen, Politik und Verwaltung an einem Tisch

An alle Haushalte

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

wir laden Sie herzlich dazu ein, an einem offenen Austausch und einer konstruktiven Diskussion zum Thema Bürgerbeteiligung in Potsdam teilzunehmen.

Dazu findet eine offene Konferenz (Open Space) statt:

**Samstag, 29. Oktober 2011
von 10 bis 18 Uhr
im Bürgerhaus am Schlaatz
(Schiffhof 28, 14478 Potsdam)**



Wer sich jetzt beteiligt, gestaltet die Zukunft unserer Stadt!

Die aus BürgerInnen, Verwaltung und Politik bestehende Vorbereitungsgruppe wünscht sich eine breite Beteiligung interessierter EinwohnerInnen, mit dem Ziel, ein gemeinsames Modell zur Bürgerbeteiligung in Potsdam zu finden und umzusetzen.

An diesem Tag wird gleichberechtigt miteinander diskutiert. Alle können Gehör finden und sich mit ihren Ideen und Vorstellungen einbringen.

Um besser planen zu können, freuen wir uns über Ihre Anmeldungen bis zum 23. Oktober 2011 an folgende E-Mail Adresse: anmeldung@buerbeteiligung-potsdam.de oder telefonisch unter: 0331-289 11 20.

Während der Konferenz stellen wir kostenlos einen kleinen Imbiss und Getränke bereit.

Weitere Informationen, eine Erläuterung des Konferenz-Formates und eine Anfahrtsbeschreibung finden Sie unter: www.potsdam.de unter der Überschrift Potsdamer Bürgerbeteiligungskonferenz am 29. Oktober 2011.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Jann Jakobs
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Potsdam

Peter Schüler
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Vorbereitungsgruppe
Bürgerbeteiligung

Vorbereitungsgruppe Bürgerbeteiligung:

Frank Baumann
Moderator sowie Stadt- und Regionalentwickler

Mary Cornelia Bäßler
Mediatorin/Moderatorin

Ulrike Bleyl
Vorsitzende des Stadtteilnetzwerks
Potsdam-West

Frank Daenzer
Landeshauptstadt Potsdam
(Projektteam Bürgerhaushalt)

Thomas Hintze
Initiative Pro-Braunshausberg

Dieter Jetschmanegg
Landeshauptstadt Potsdam
(Leiter Büro Oberbürgermeister)

Kay-Uwe Kästner
Potsdamer Bürgerkooperation

Jacqueline Krüger
Koordination Stadtteilrat Stern-
Drewitz-Kirchsteigfeld

Annette Paul
Selbstständige Kulturvermittlerin

Steffen Pfrogner
Bürgerinitiative Pro Nahverkehrs-
gang Traufensee

Stephanie Pigorsch
Geschäftsführerin Stadtjugendring
Potsdam

Christian Schirrholtz
Freiberuflicher Bauingenieur

Peter Schüler
Vorsitzender der Stadtverordneten-
versammlung Potsdam

Sigrid Sommer
Landeshauptstadt Potsdam (Be-
reichsleiterin Öffentlichkeitsarbeit/
Marketing)

Daniel Wetzel
Unternehmer

Jean-Pierre Winter
Government 2.0 Network
Deutschland

Daniel Zeller
Geschäftsführer des Stadtteilnetz-
werks Potsdam-West

Recht auf Stadt

Die Aufbereitung der Konferenz

- Selbstorganisierte Arbeitsgruppe aus Freiwilligen der Konferenz
- Themenblöcke zusammengefasst durch Protokolle der Konferenz
 - 1 Grundsätze der Bürgerbeteiligung,
 - 2 Kommunikation in Bürgerbeteiligungsprozessen,
 - 3 Verwaltung und Bürgerbeteiligung,
 - 4 Büro für Bürgerbeteiligung,
 - 5 unterschiedliche konkrete Ansätze

Bürgerbeteiligung: Beteiligen Sie sich!

BürgerInnen, Politik und Verwaltung an einem Tisch



Dokumentation der
Open Space-Konferenz
am 29. Oktober 2011
im Bürgerhaus am Schlaatz

www.buergerbeteiligung-potsdam.de

Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Ergebnisse der Konferenz

- Die AG formulierte aus den Protokollen grundsätzliche Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, vorgestellt und diskutiert am 04. Mai 2012
- Themen:
 - 1 Verbindlichkeit,
 - 2 Frühzeitige Einbeziehung
 - 3 Kommunikation
 - 4 Aktivierung
 - 5 Anerkennungskultur
 - 6 Gleichbehandlung



Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Entwicklung des Projektes

- Die Idee eines Büros für Bürgerbeteiligung wurde durch die AG-Bürgerbeteiligung aufgegriffen
- Ziel:
 - Schaffung verbindlicher Strukturen
 - Verbesserung der Kommunikation zwischen Stadtverwaltung, Einwohnerschaft und Politik
 - Erarbeitung eines Stadtverordnetenversammlungs-Beschlusses zur Etablierung des Büros für Bürgerbeteiligung



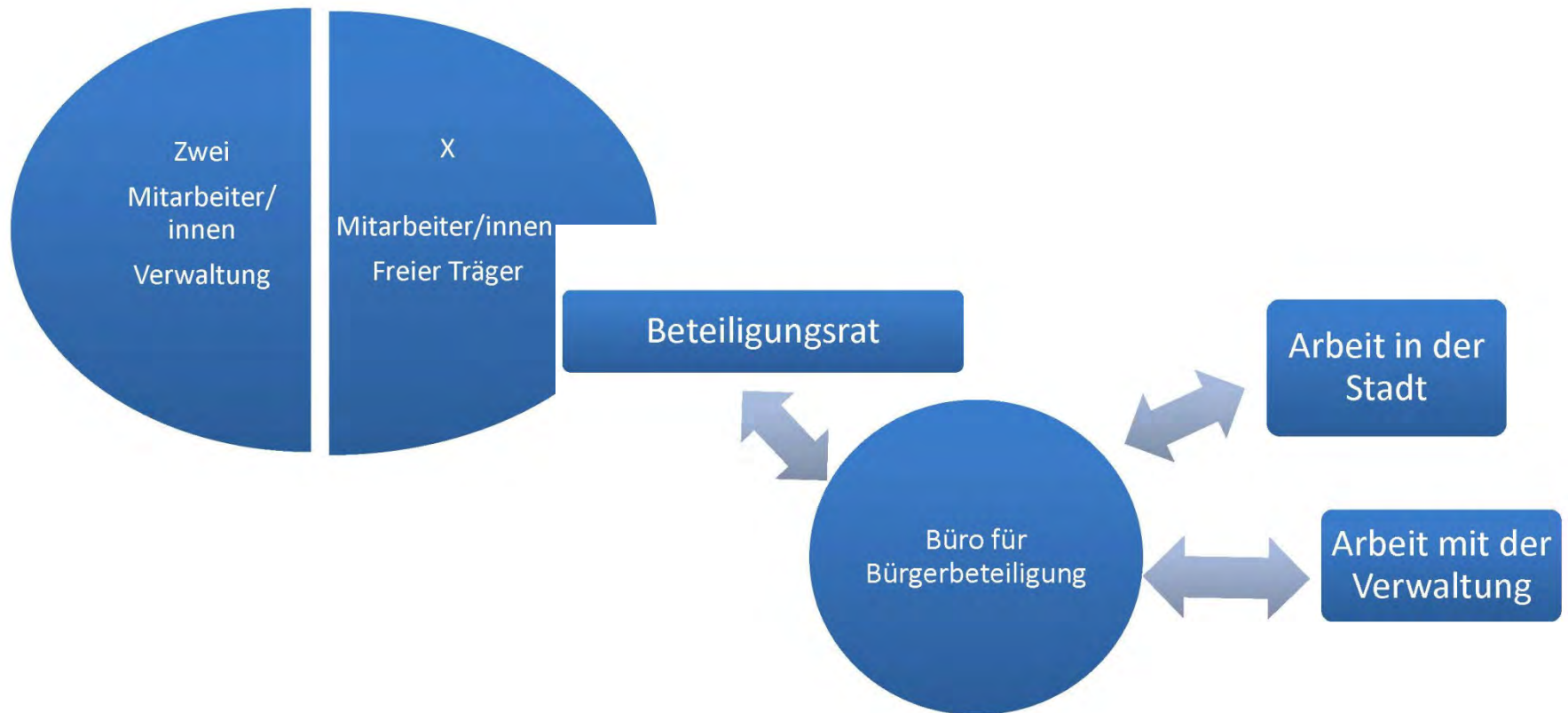
Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

- Das Büro für Bürgerbeteiligung soll über eine zweiteilige gleichberechtigte Struktur verfügen
- der Sitz des Büros ist einerseits innerhalb, andererseits außerhalb der Stadtverwaltung angesiedelt
- Es soll eine paritätische Besetzung sowohl mit Mitarbeitern in der Verwaltung als auch verwaltungsextern ermöglicht werden
- Pilotprojekt ist auf drei Jahre ausgelegt und wird begleitend evaluiert
- Gemeinsame Arbeit der Mitarbeiter des Büros, bestehend aus Mitarbeitern der Stadtverwaltung und des freien Trägers
- Etablierung eines ehrenamtlichen Beteiligungsrates als gemeinsame „Klammer“ zur Strukturierung der Arbeit
- Erarbeitung einer gemeinsamen Geschäftsordnung

Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“



Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Das Büro für Bürgerbeteiligung

- zentrale Koordinations- und Steuerungseinheit für Bürgerbeteiligungsverfahren
- Zwei Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung und des freien Trägers
Kernaufgaben:
 - Kompetenzzentrum für Verwaltung und Bürger/innen
 - „Schnittstellenmanagement“ - Ansprechpartner und Hilfestellung
 - Vernetzung und Mobilisierung innerhalb der Stadtteile
 - Information über Beteiligungsvorhaben

Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Der Beteiligungsrat

- begleitet die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung und ist Beratungsgremium der Stadtverordnetenversammlung (StVV) bei Fragen zur Bürgerbeteiligung
- Ziel- und Aufgabenplanung für die Aufbauphase
- Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsmitarbeitern und dem externen Träger abstimmen
- Aufbau der Arbeitsstruktur und der Arbeitsabläufe dokumentieren und erreichbare Aufgaben in der Aufbauphase abstecken
- Aufgabe des Beteiligungsrates ist die allgemeine Hilfestellung und Unterstützung des Büros für Bürgerbeteiligung und der Verwaltung

Recht auf Stadt

Bürgerbeteiligung in Potsdam: Das „Büro für Bürgerbeteiligung“

Der Beteiligungsrat

- Zusammensetzung aus Bürger/innen, Verwaltung, Politik + externen Experten
- Wahl als Losverfahren, angelehnt an Bürgerhaushalt



- Einbringung des Entwurfs der Geschäftsordnung in StVV Jan. 2013
- Erarbeitet vom vorläufigen Beteiligungsrat

Wohnen als soziales Grundrecht und städtebauliche Aufgabe

wachsende Stadt
starkes Sozialgefälle
Gentrifizierung
Wohnungsmangel

Analysen
Konzepte
Empfehlungen



Stadtentwicklungskonzept Wohnen
für die Landeshauptstadt Potsdam



Wohnen als soziales Grundrecht

- Die Politik sollte die Oberhand über die Ökonomie gewinnen und den Menschen in die Mitte ihrer Konzepte und Entscheidungen stellen.
- Wohnen ist Daseinsvorsorge.
- Soziale Bedürfnisse müssen zu sozialen Rechten werden. Das Recht auf angemessenen Wohnraum sollte als soziales Grundrecht in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Artikel 106 Bayerische Verfassung, ein Staatsziel

Anspruch auf angemessene Wohnung; Unverletzlichkeit der Wohnung

- (1) Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.
- (2) Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.
- (3) Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte und unverletzlich.

Wohnen als städtebauliche Aufgabe

- Erfordernis neuer wohnungspolitischer Strategien aufgrund des demografischen Wandels, des Klimawandels, der Verknappung der Ressourcen und auch größer werdendem sozialen Ungleichgewichts
- Wohnnebenkosten sind zum größten Faktor der monatlichen Miete geworden
- Ausrichtung soziale und verkehrstechnische Infrastruktur an die Bevölkerungsentwicklung
- Kommunalisierung zur Kostenminimierung, zur Qualitätssicherung und um Renditebestrebungen entgegen zu wirken
- Unsere Forderungen sind:

Wohnen als städtebauliche Aufgabe

- 1 Neuer sozialen bedarfsgerechter, barrierefreier, ökologischer und energieeffizienter Wohnungsbau
- 2 Entwicklung des Sozialen Wohnungsbaus zu einem starken öffentlichen und genossenschaftlichen Sektor
- 3 Stopp der Privatisierung öffentlicher Wohnungen
- 4 Sofortmaßnahmen zur finanziellen Entlastung der Mieterinnen und Mieter und zum Schutz der Mieterrechte
- 5 Erhöhung der Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung nur im Rahmen des Inflations-ausgleiches

Wohnen als städtebauliche Aufgabe

- 6 Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig
- 7 Flächendeckender Mietspiegel auf Grundlage aller Bestandsmieten
- 8 Verhinderung der Spekulation mit Wohnungen
- 9 Orientierung der Modernisierungsumlagen am Nutzen für die Mieterinnen und Mieter
- 10 Ziel der Wohnungspolitik für Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen: Haushaltsaufwendungen für angemessenen Wohnraum nicht höher als 30 Prozent des Nettoeinkommens

(Auszug aus „Für bezahlbare Mieten und sozialen Wohnungsbau: Spekulation mit Wohnraum stoppen“ des Wahlprogramms DIE LINKE. zur Bundestagswahl 2013)

Wohnen - Handlungsfelder der Wohnungspolitik

- 1 Neubau- / Baulandpolitik,,
- 2 Anpassung des Wohnungsbestands
- 3 Soziale Wohnungsversorgung / preisgünstiger Wohnraum
- 4 Soziale Wohnungsversorgung
- 5 Quartiersentwicklung
- 6 Altenwohnen
- 7 Kooperation / Kommunikation
- 8 Monitoring / Information

Stadtlandschaft als Kulturgut bewahrt die die kulturell und ökologisch erforderlichen Freiräume im urbanen Stadtorganismus



POTSDAM

POTSDAMER MITTE

aktuell
sanierungsgebiet
projekte
geschichte archäologie
stadtkanal kontakt

LANDTAGSNEUBAU
VERKEHR POTSDAMER MITTE
QUARTIER NEUER MARKT | PLANTAGE
NEUER LUSTGARTEN | ANLEGESTELLE
HAVELUFER | ALTE FAHRT
FH | STAUDENHOF | BIBLIOTHEK

ALTER MARKT UND PLÄTZE
NIKOLAIKIRCHE
GARNISONKIRCHE
SYNAGOGE
ALTES RATHAUS
MARSTAL

SANIERUNGSTRÄGER
ProPotsdam

Landeshauptstadt Potsdam | Pro Potsdam | Impressum

Stadtlandschaft als Kulturgut bewahrt die die kulturell und ökologisch erforderlichen Freiräume im urbanen Stadtorganismus

- naturräumliche Konflikte einer wachsenden Stadt, Bauwut kontra Landschaft, Lebensqualität Wohnen kontra landschaftlicher Freiraum Stadt und Region / Einbindung, Stadtklima Nachhaltigkeit Frischluftschneisen, Immissionen
 - Zugänglichkeit bebauter städtischer Räume und Zugänglichkeit der natürlichen (unbebauten) städtischen Freiräume (Uferzonen, Parks, Gärten, Plätze), öffentlicher Stadt- und Freiraum (Naherholung)
 - Konflikte: Kosten der Parkerhaltung (SPSG), Uferwege, Gated Community (Glienicke Horn)
- Integriertes Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
- Gestaltungsrat

Infrastruktur als Daseinsvorsorge Verkehr – Soziales – Bildung – Technische Versorgung

Ausschnitte aus der Vielzahl der Möglichkeiten

Verkehr STEK Verkehr - Szenario der nachhaltigen Mobilität
Radverkehrsstrategie

Soziales Krankenhaus in kommunaler Hand, Wohnortnahe
Arztversorgung, Bürgerhäuser ...

Bildung: Stärkung des öffentlichen Bildungssektors, Bildungsbürger

Technische Versorgung

Einzelhandelskonzept, STEK Gewerbe, Stadtwerke in
öffentlicher Hand, barrierefreier Internetzugang

Integriertes Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt
Potsdam, Solardach-Webseite der Landeshauptstadt

Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert ist Forderung nach ...

1 **Recht auf Stadt**

Stärkung der uneingeschränkten Partizipation und Transparenz

2 **Wohnen**

Entzug der Spekulation in der Wohnungswirtschaft

Erhaltung und Ausweitung kommunaler Liegenschaften

3 **Stadtlandschaft als Kulturgut**

Sicherung der naturräumlichen Gegebenheiten

4 **Infrastruktur als Daseinsvorsorge**

Stärkung/Entwicklung kommunalen sozialen, technischen Infrastruktur

Workshop

Soziale und ökologische Stadtentwicklung 2030

... jetzt aber los und uns allen Erfolg !